

Roadmap to 1325 – ein symbolischer Staffellauf durch Europa

von Gitti Hentschel, Berlin 2008

Wie erreichen wir, dass zivile Konfliktprävention in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik den ihr zukommenden Stellenwert erhält? Wie bekommen wir hin, dass die Dimension der Gender-Kategorie nicht nur auf dem Papier, sondern in Strategien und Realpolitik der Krisenbewältigung und Konfliktbearbeitung der „Friedensmacht Europa“ ernst genommen wird? Wie kann die UN-Resolution 1325 in allen EU-Ländern und der EU als Ganzes mit Leben gefüllt werden? Wie kann sie damit auch in Drittländern wirksam werden, in denen die EU sich an Interventionen beteiligt?¹ Diese Fragen, die für den deutschen Frauensicherheitsrat mit Blick auf bundesdeutsche Politik seit seiner Gründung im Jahr 2003 handlungsleitend waren², können aus deutscher Perspektive inzwischen nur noch im Kontext europäischer Politik betrachtet und gelöst werden. Das wurde bereits mit der Konzipierung der „Europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ und der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ klar, die 2003 in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“²⁰⁰³ genauer formuliert wurde. Als absehbar wurde, dass Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen würde, begann sich der Frauensicherheitsrat neben seiner friedenspolitischen Arbeit in Deutschland auf europäische Vernetzungsaktivitäten zu konzentrieren. Daraus resultierte schließlich das strategische Projekt „Roadmap to 1325 – ein symbolischer Staffellauf durch die Europäische Union“. Im Folgenden stelle ich dieses Konzept und seine bisherige Umsetzung vor und schließe mit der Frage ab, wie tragfähig dieses Konzept ist.

1. Der Vorlauf

Bereits im September 2005 hatten der Frauensicherheitsrat und das damalige Feministische Institut der Heinrich-Böll-Stiftung eine Tagung durchgeführt, um gemeinsam mit Expertinnen und NGO-Vertreterinnen aus anderen europäischen Ländern die Erfordernisse zur beschleunigten Umsetzung der UN-Resolution 1325 auf europäischer Ebene und in den EU-Mitgliedsstaaten zu identifizieren. Das Ergebnis war einhellig: Die Teilnehmerinnen sahen die Entwicklung eines europäischen Aktionsplanes und von nationalen Aktionsplänen zur Implementierung der Resolution als notwendig an, die Voraussetzung wäre die europaweite Vernetzung von NGOs. Denn angesichts der Entwicklungen in der europäischen Friedens-

¹ Das Wissen um die Inhalte der UN-Resolution 1325 wird hier vorausgesetzt (s. vorhergehende Artikel)

² s. Artikel: Ute Scheub: Der deutsche Frauensicherheitsrat

und Sicherheitspolitik war klar: Zur Erreichung dieses Ziels müssen die friedenspolitischen Kräfte gebündelt, die unterschiedlichen Erfahrungen produktiv nutzbar gemacht und gemeinsame Strategien entwickelt werden. Auf einer langfristig vorbereiteten europäischen Folgekonferenz sollten daher konkrete Strategien zur Umsetzung der Resolution und zur Berücksichtigung der Genderperspektive in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik entwickelt werden. Auch sollte über Vernetzungsansätze wie zum Beispiel ein Netzwerk für einen europäischen Frauensicherheitsrat entschieden werden. Unverzichtbar erschien zudem die Einbeziehung politischer RepräsentantInnen europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik und von NGO-VertreterInnen aus Drittländern, in denen die EU politisch oder militärisch interveniert.

2. Der politische Hintergrund:

a. Die Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik ist in ihrer praktischen Umsetzung geschlechterblind

Es ist unbestritten, dass die Europäische Union – nicht nur das politisch vergleichsweise wenig einflussreiche EU-Parlament, sondern auch der Rat und die Kommission - eine Vielzahl von beeindruckenden Dokumenten verfasst und verabschiedet hat, die Gender Mainstreaming und Umsetzung der Resolution 1325 für alle Politikbereiche vorschreiben.³ Und keine Politikerin, kein Politiker würde die Bedeutung von Frauen bei der Beilegung von Konflikten, bei der Friedenskonsolidierung und bei Demokratisierungsprozessen in Postkonfliktregionen in Abrede stellen. Im Gegenteil. Immer wieder heben diese die Verdienste von Friedenfrauen hervor und versichern ihre Unterstützung von Strategieansätzen, die Frauen besonders unterstützen und fördern. Doch betrachtet man die realpolitische Ebene, ist zu konstatieren:

Die UN-Resolution 1325 ist auch noch acht Jahre nach ihrer Verabschiedung in der EU-Politik und in ihren Mitgliedsländern kaum umgesetzt. Wesentliche Vorgaben - wie die Beteiligung von Frauen auf der Entscheidungsebene über zentrale Fragen von Sicherheitspolitik oder in Friedensverhandlungen - werden systematisch übergangen, wie noch 2008 bei den Verhandlungen über den Status des Kosovo festzustellen war. Weder werden Frauen-NGOs in solchen Kontexten konsultiert, noch ist eine Geschlechterperspektive in Friedenseinsätze integriert, noch haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten Vorschläge für mehr Sonderbotschafterinnen und Sonderbeauftragte für diesen Bereich vorgelegt, wie es die Resolution vorsieht.

³ s. hierzu die Artikel von Barnes, Broughton, Dittmer, Murad, Seidensticker, Wisotzki.

Zwar haben einzelne EU-Länder inzwischen Aktionspläne zur beschleunigten Umsetzung der UN-Resolution verabschiedet⁴, doch ihre Qualität ist sehr unterschiedlich. In etlichen Aktionsplänen bleiben Vorgaben vage und ungenau. Das widerspricht ihrem Ziel, die Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution messbar zu machen. Und für die politischen EntscheidungsträgerInnen auf der Ebene der Europäischen Union kommt ein Aktionsplan zur Resolutionsumsetzung bisher nicht einmal ernsthaft in Betracht. Hier mag eine Rolle spielen, dass einflussreiche EU-Mitgliedsstaaten – wie Deutschland – einen Aktionsplan generell für überflüssig halten.⁵

Zwar ist die Entsendung von GenderexpertInnen in EU-Missionen, wie etwa die Genderberaterin beim Einsatz der EU in der Demokratischen Republik Kongo, ein Schritt in die richtige Richtung, doch es fehlt ein systematisches „Engendering“ des Personals bei zivilen und militärischen Einsätzen sowie eine Evaluation sämtlicher Einsätze unter der Perspektive, was sie auf die Frauen wie Männer in den jeweiligen Regionen für Auswirkungen gehabt haben und wie sie die Beziehungen der Geschlechter vor Ort beeinflussen. Unter dieser Fragestellung müssten auch die oft wenig strategisch und systematisch durchgeführten Fördermaßnahmen für Frauen und Frauengruppen in (Nach)kriegsregionen entwickelt und evaluiert und ebenso gezielt Programme für Männer, insbesondere Ex-Kombattanten, aufgelegt werden.

Hier gibt ein besonderes Defizit. Dies ist darauf zurückzuführen, dass „Gender“ in der Politik im Allgemeinen und in der Sicherheitspolitik im Besonderen fast immer als Frauenförderung missverstanden wird. Damit wird die grundlegende Bedeutung der Geschlechterdimension für Konflikte und die Chancen ihrer Einbeziehung in Analyse und Praxis nicht erkannt.⁶

b. Die Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik wird zunehmend Interventionspolitik

Im Zuge der Verschiebung des internationalen Machtgefüges durch den Zusammenbruch des „Ostblocks“ und verschärft nach dem 11. September 2001 hat sich die „Friedensmacht Europa“ immer weiter zu einem neuen globalen Macht- und Ordnungsfaktor entwickelt. Um ihre neue Rolle zu füllen, formulierte sie eine „Gemeinsame Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“ und den Anspruch einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Ihre Grundlage sieht sie im Konzept der „erweiterten Sicherheit“, das in einer „Europäischen Sicherheitsstrategie“ 2003 ausformuliert wurde. Damit einher gingen

⁴ s. Artikel Karen Barnes und Ute Scheub

⁵ s. Artikel Ute Scheub

⁶ zur Differenzierung von Frauen- und Genderpolitik s. der Artikel von Anderlini und Kasten: Zum Verständnis von Gender

immer mehr zivile und militärische EU-Auslandseinsätze sowie deren Vermischung in Kosovo, Bosnien-Herzegowina und in der Demokratischen Republik Kongo.⁷ Diese Entwicklung gilt ebenso für Deutschland.

Das Problem dabei: Zwar wurden verschiedene Formen von ziviler Intervention und Konfliktbearbeitung entwickelt, wie das Stabilitätsinstrument und die Sicherheitssektor-Reform, zwar soll zivile Konfliktprävention dem Anspruch nach die oberste Handlungsprämisse der EU-Politik sein. Doch in der Realität wird sie zunehmend ins Abseits gedrängt, das Aufkommen für militärische Interventionen übersteigt die Investitionen für zivile Maßnahmen um ein Vielfaches, und bei zivil-militärischen Einsätzen (CIMIC) dominiert das Militär die zivilen Einsatzkräfte vor Ort mit der Folge, dass zivile Unterstützung und NGO-Arbeit in Misskredit gerät. Menschen- und frauenrechtliche Argumentationen und strategische Interessen wie die Sicherung von Zugängen zu Öl und anderen Rohstoffen werden unheilvoll vermischt. Mit dem Aufbau der EU-Eingreiftruppen und einer europäischen Rüstungsagentur ist zu befürchten, dass die Tendenz zur Militarisierung weiter steigt.

3. Staffellauf „Roadmap to 1325“ – Idee und Konzept

Ausgehend von dieser politischen Analyse bereitete der Frauensicherheitsrat gemeinsam mit dem Feministischen Institut eine Konferenz für die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor. Thema sollte die Vernetzung und Strategiebildung zur Umsetzung der Resolution 1325 und damit der Gender-Perspektive in zentralen Bereichen europäischer Sicherheitspolitik und in einzelnen EU-Ländern sein. Dabei wurde die Idee eines Projekts „Roadmap to 1325“ durch sämtliche EU-Länder immer weiter ausgesponnen zum Konzept eines symbolischen Staffellaufs, für den die Konferenz „Roadmap to 1325“ im Mai 2007 in Berlin den Auftakt bilden sollte.

Dieses Konzept beinhaltet:

In jedem EU-Staat, der gerade die europäische Ratspräsidentschaft innehat, sollte ein größeres politisches Ereignis, eine Veranstaltung, Konferenz oder andere Events stattfinden.

Dieses soll

1. die UN-Resolution im jeweiligen EU-Land bekannt machen und Analysen zur jeweiligen Politik des Landes wie der EU unter diesem Aspekt kritisch zur Diskussion stellen.
2. Es soll maßgeblich von den friedenspolitischen (Frauen)Initiativen und Netzwerken unter Bezug auf die jeweiligen konkreten Probleme vor Ort konzipiert und getragen werden. Es soll von einem auf der Berliner Konferenz initiierten europäischen

⁷ s. Artikel von Zumach

Netzwerk von (Frauen)friedensaktivistinnen, -Organisationen, Forschungseinrichtungen und politischen Gruppierungen unterstützt werden, das sich nach und nach um engagierte Individuen und Organisationen in den verschiedenen Ländern erweitern soll.

3. Es soll die maßgeblichen PolitikerInnen des Landes, RepräsentantInnen von EU-Politik und andere VertreterInnen von friedens- und sicherheitspolitischen Organisationen und Institutionen dialogisch einbinden, wenn möglich auch durch finanzielle Unterstützung.
4. Es sollen NGOs und politische RepräsentantInnen aus jenen Ländern beteiligt werden, die zuvor die EU-Ratspräsidentschaft innehatten, sowie aus jenen, die noch folgen werden.

Ziel des gesamten Staffellaufs war und ist es,

- zum Wissen über die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik in den EU-Ländern und über die Bedeutung der Geschlechterdimension beizutragen
- Schritt für Schritt ein europaweites starkes Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Forschungsinstitutionen aufzubauen, das in den einzelnen EU-Staaten und auf EU-Ebene Lobbyarbeit und öffentliche Aktivitäten zur Implementierung der UN-Resolution 1325 vorantreiben kann.
- die Umsetzung konkreter Forderungen für die geschlechtersensible Friedens- und Sicherheitspolitik in allen EU-Ländern und der EU als Ganzes zu erreichen, insbesondere die Entwicklung von nationalen Aktionsplänen und eines europäischen Aktionsplans.

4. Die bisherige Umsetzung

a) Der Start: Die Berliner Konferenz „Roadmap to 1325“

An der Konferenz „Roadmap to 1325 - Gender in der EU-Friedens- und Sicherheitspolitik“ im Mai 2007 haben sich mehr als 150 TeilnehmerInnen aus 25 europäischen und außereuropäischen Ländern beteiligt, darunter EU-RepräsentantInnen, deutsche und portugiesische RegierungsvertreterInnen, FriedensexpertInnen aus Wissenschaft und Politik sowie Frauengruppen und Nichtregierungsorganisationen. Die TeilnehmerInnen analysierten und diskutierten mit kritischem Blick drei Schwerpunkte:

- die aktuelle EU-Friedens- und Sicherheitspolitik, vor allem die Auswirkungen der militärischen Interventionen der EU auf Frauen und Männer und das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis in Kosovo und Bosnien-Herzegowina sowie die Versäumnisse der EU in Darfur/Sudan,

- die vorliegenden Nationalen Aktionspläne in einzelnen EU-Ländern und die bisherigen Umsetzung von UN-Resolution 1325 in den EU-Institutionen
- Modelle der europaweiten Zusammenarbeit von Friedensorganisationen, Netzwerken und Institutionen, zum Beispiel das eines Europäischen Frauensicherheitsrats.

Abschließend forderten die TeilnehmerInnen von der amtierenden deutschen, aber auch der nachfolgenden portugiesischen und slowenischen EU-Ratspräsidentschaft konkrete Schritte zur Erstellung von Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 – EU-weit, in den einzelnen EU-Ländern sowie in Krisenregionen wie Afghanistan, Sudan-Darfur und Ex-Jugoslawien. Sie verlangten die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an den Verhandlungen über Nachkriegsregelungen und an anderen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen auf höchster interministerieller und Regierungs-Ebene. Diese Forderungen wurden nach Ende der Konferenz an sämtliche RegierungsvertreterInnen in Deutschland, Portugal, Slowenien, an den Rat der Europäischen Union und die EU-Kommission sowie ausgewählte EU-ParlamentarierInnen überstellt. Die ExpertInnen aus 25 Ländern bestätigten, weiterhin im Verbund arbeiten und Druck auf die EU und ihre eigenen Staaten aufbauen zu wollen, um die Gender-Sicht in der Friedens- und Sicherheitspolitik stark zu machen; ob im Rahmen eines europäischen Frauensicherheitsrats, blieb jedoch ungeklärt.

Das Konzept des Staffellaufs „Roadmap to 1325“ fand großen Beifall unter den TeilnehmerInnen. Und so endete diese Konferenz mit der symbolischen Übergabe eines Staffelstabs durch den deutschen Frauensicherheitsrat an Ana Gomes, Vertreterin aus Portugal und Mitglied im Europäischen Parlament, und an Sonja Lokar, friedenspolitische Aktivistin und ehemalige Parlamentarierin in Slowenien - zwei Repräsentantinnen aus jenen Ländern, die die folgenden EU-Ratspräsidentschaften übernahmen. Beide erklärten ihre Bereitschaft, das Roadmap-Projekt in ihre Länder zu tragen.

Ein großes Problem blieb: Gezielt waren viele männliche Repräsentanten aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Forschungseinrichtungen, Ministerien und Regierungen eingeladen, die im Mainstream von Friedens- und Sicherheitspolitik aktiv sind. Doch zum überwiegenden Teil kamen sie nicht. Die meisten Beteiligten waren Frauen. Und die späteren Rückmeldungen von PolitikerInnen blieben unkonkret. Zwar versicherten etliche ihre Bereitschaft zur Umsetzung von Resolution 1325, doch die zentrale Forderung nach messbaren Vorgaben und Aktionsplänen wiesen sie entweder zurück (wie die deutsche Bundesregierung) oder reagierten nicht darauf. Auch die Forderung, etwa das Kosova Women´s Network in die zu diesem Zeitpunkt hochaktuellen und brisanten Verhandlungen

um den Status des Kosovo einzubeziehen und als ersten Schritt nach Brüssel einzuladen, blieben vollständig ohne Resonanz.

b) Die Fortführung: Der Staffellauf „Roadmap to 1325“ in Portugal und Slowenien

Zum siebten Jahrestag der UN-Resolution 1325 im Oktober 2007 und in Anbindung an die da aktuelle portugiesische EU-Ratspräsidentschaft initiierte die EU-Parlamentarierin Ana Gomes im Geist des Staffellaufs in **Portugal** eine Veranstaltung zu „**Teilnahme von Frauen an Internationaler Sicherheitspolitik - 7 Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 1325**“. Die etwa 50 TeilnehmerInnen waren meist Frauen und Männer in militärischen Funktionen und Positionen. Unter den ReferentInnen waren Margarida Figueiredo, erste Botschafterin Portugals, und Maria João Marcelo Curto, Expertin im Bereich chemische Waffenkontrolle. Bei der Veranstaltung ging es im Wesentlichen darum, den TeilnehmerInnen den Gehalt der Resolution nahe zu bringen und politische Wege ihrer Umsetzung zu erörtern. Denn eine Recherche über mögliche KooperationspartnerInnen und RepräsentantInnen von portugiesischen NGOs hatte im Vorfeld ergeben, dass Friedens- und Sicherheitspolitik in Verbindung mit Fragen der Geschlechterverhältnisse in der Zivilgesellschaft Portugals ein bislang unbeachtetes und unbearbeitetes Politikfeld ist.

Diese öffentliche Veranstaltung markierte gleichzeitig den **Auftakt von WIIS Portugal** (Women in International Security). Dieses informelle Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil im sicherheitspolitischen Bereich zu stärken. Es wurde 1987 in den Vereinigten Staaten gegründet und hat 1500 Mitglieder, die in 47 Ländern in verschiedenen Sektoren arbeiten. Damit ist zu hoffen, dass auch in Portugal die Resolution nun größere Bekanntheit erlangt.

Im Juni 2008, während der Zeit der slowenischen Ratspräsidentschaft, folgte dem die „**Women in Conflict Resolution**“ - eine internationale Pan-Balkan-Konferenz zu Frieden, Sicherheit und Pazifismus aus der Geschlechterperspektive, mit der der symbolische Staffellauf „Roadmap to 1325“ in Slowenien weiter ging. Getragen wurde sie vom Institutum Studiorum Humanitatis und dem CEE Network for Gender Issues, beide in Ljubljana ansässig. Finanziell, organisatorisch und inhaltlich wurde sie von zahlreichen Frauenfriedensgruppierungen und Institutionen aus der Region unterstützt, aber auch vom Gunda-Werner-Stiftung der Heinrich-Böll-Stiftung und dem deutschen Frauensicherheitsrat. Finanzielle Hilfe gab es vom slowenischen Verteidigungsministerium und von Stiftungen. Anders als die Westeuropäerinnen haben die Frauen der Balkan-Region kriegerische Auseinandersetzungen und EU-Militärmissionen in jüngerer Zeit selbst miterlebt. Die über die ethnisch-religiösen Konfliktlinien hinweg organisierte Frauenfriedensbewegung in den

90er Jahren hat vielfältige Ausgrenzungserfahrungen machen müssen, unter anderem wurde sie von den internationalen Friedensverhandlungen 1995 in Dayton und 2008 von den Verhandlungen um den Status des Kosovo ausgeschlossen.

Neben dem Kompetenzaufbau zu Resolution 1325 waren konkrete Ziele dieser Konferenz, die FriedensaktivistInnen und RegierungsvertreterInnen aus der Balkan-Region und der EU-Ebene miteinander in Dialog zu bringen und die verschiedenen Gruppierungen in diesem Raum untereinander besser zu vernetzen, um gemeinsame Strategien zur Implementierung der UN-Resolution zu erarbeiten.

Diskutiert wurden Fragen, wie wirkungsvolle Lobbyarbeit zu organisieren sei, wie auf EU-Ebene mit friedenspolitischen Anliegen Gehör zu finden sei und welches Vernetzungs- und Kooperationsmodell für den Balkan am sinnvollsten sei. Ein wichtiges Konferenzthema war aber auch die Aufarbeitung von Kriegstraumata, die Vorstellung von Hilfsprojekten für die Trauma- und Anti-Gewalt-Arbeit sowie die Frage der historischen Be- und Verarbeitung des Kriegs aus feministischer Perspektive. Diese ist für einen großen Teil der Frauen aus Ex-Jugoslawien ein wesentlicher Erfahrungshintergrund für ihre politischen Vorstellungen und Bewertungen von Friedens- und Sicherheitspolitik. Doch das alles wird in die europäischen Konzepte von Konfliktbearbeitung und Friedensmissionen viel zu wenig eingebunden.

Rund 100 TeilnehmerInnen vorwiegend aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien nahmen an der Konferenz teil, darunter aber nur wenige Männer. Obwohl die Konferenz vom slowenischen Verteidigungsministerium finanziell gefördert wurde, war die Repräsentanz politischer EntscheidungsträgerInnen äußerst gering. Abgesehen vom ehemaligen slowenischen Präsidenten Milan Kucan, der sich nach einem Eingangs-Statement verabschiedete, waren die wenigen Vertreterinnen aus der Politik ausschließlich Frauen. Zudem kamen sie nicht aus der Sicherheitspolitik, sondern aus dem Bereich Gleichstellung. Für die osteuropäischen ExpertInnen und AktivistInnen war diese Konferenz allerdings ein historisches Ereignis. Nach den Worten von Sonia Lokar, der ehemaligen Parlamentarierin und Präsidentin des CEE Network for Gender Issues, hat der Kongress zum ersten Mal seit 20 Jahren die in diesem Bereich mit hoher Expertise arbeitenden Frauen und (wenigen) Männer zusammengebracht.

Zum Schluss verabschiedeten die TeilnehmerInnen konkrete Forderungen an die Regierungen der Balkan-Staaten zur Umsetzung der Resolution 1325, zur Entwicklung von Nationalen Aktionsplänen, zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Ausdrücklich verlangten sie von

Mazedonien, die Resolution endlich zu ratifizieren, dies sei ein überfälliger politischer Schritt. Die Europäische Union – Rat und Parlament – wurde aufgefordert, Gleichstellungsaktivitäten in den einzelnen Ländern stärker zu fördern, zivilgesellschaftliche Gruppen und Frauenbewegungen zu unterstützen und auf die einzelnen Balkanstaaten Druck auszuüben, damit diese die geschlechterpolitischen Vorgaben der EU realisieren.

Schließlich wurde der Staffellstab an Frankreich übergeben. Im Rahmen der nun folgenden französischen EU-Ratspräsidentschaft wird Marlene Tuiniga, Präsidentin von WILPF in Frankreich, mit Unterstützung von NGOs aus anderen Ländern eine Veranstaltung vorbereiten, bei der die defizitäre Umsetzung der UN-Resolution 1325 in Frankreich im Zentrum stehen wird. Allerdings zeigt sich hier ein Problem ähnlich wie in Portugal: Es gibt in Frankreich bisher kaum zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Organisationen zu Friedens- und Sicherheitspolitik und Gender.

c) Der Geist von „Roadmap to 1325“ ist auch anderswo aktiv

In den letzten zwei Jahren haben sich auch andere Aktivitäten intensiviert, die sich direkt an die EU-Institutionen, EU-Rat und Kommission richten, um die beschleunigte Umsetzung der UN-Resolution 1325 zu fordern. Daran waren auch AktivistInnen der Konferenz „Roadmap to 1325“ beteiligt, sie binden seitdem VertreterInnen des Frauensicherheitsrats gezielt zur Präsentation des Staffellauf-Konzepts „Roadmap to 1325“ in ihre Aktivitäten ein.

Ein Beispiel: Im November 2007 veranstaltete die niederländische Organisation „Interchurch Organization for Development Cooperation“ (ICCO) zusammen mit anderen kirchlichen Entwicklungsorganisationen aus Norwegen, Schweden und Deutschland eine große internationale Frauenkonferenz in Brüssel zum Thema **The EU and UNSCR 1325 point 8 – Women: from target group to stakeholders in peace and security**. Als Vertreterin des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung und des Frauensicherheitsrats hatte ich dort die Möglichkeit, das Konzept und die Idee des Staffellaufs „Roadmap to 1325“ vorzustellen. Es wurde mit Interesse aufgenommen. Eingeladen waren NGO- und Regierungs-VertreterInnen aus afrikanischen, asiatischen, europäischen und amerikanischen Staaten sowie RepräsentantInnen von EU-Rat, EU-Kommission und EU-Parlament. Die Ziele der Konferenz:

- Austausch von Wissen, Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen zivilgesellschaftlichen lokalen Gruppen aus Krisenregionen und politischen AkteurInnen, um die Regierungspolitik einzelner Staaten voranzubringen.
- Verringerung der Kluft zwischen „hoher“ Politik und lokaler Praxis bzw. Umsetzungsstrategien in der Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

- Schaffung von Strukturen, die gewährleisten, dass die politischen RepräsentantInnen von EU und EU-Mitgliedsstaaten politische Akteurinnen in Krisenländern zu Friedensverhandlungen hinzuziehen, die Erfahrung örtlicher Frauengruppen in sicherheitspolitische Entscheidungen einbeziehen sowie die UN-Resolution 1325 umsetzen.

Auch auf dieser Konferenz lauteten die zentralen Forderungen eines umfangreichen Forderungskatalogs an die EU und ihre Mitgliedsländer:

- Ein europäische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution ist notwendig,
- in allen EU-Missionen müssen Frauen, besonders aus den jeweiligen Regionen, bis hin zu höchsten Entscheidungsebenen beteiligt werden, ihre Expertise muss in Friedensverhandlungen, Nachkriegs-Prozessen und entwicklungspolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden,
- bei allen EU-Missionen in Drittländern sind Gender-BeraterInnen mit ausreichendem Mitteln und umfangreichen Befugnissen einzubeziehen,
- darüber hinaus müssen sämtliche Maßnahmen systematisch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Bereits im Oktober 2007 hatte das European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) eine Art **Runden Tisch**, eine so genannte **1325-EU-Partnerschaft** in Brüssel angestoßen. Eingeladen waren RepräsentantInnen von EU-Kommission und Europäischem Parlament, aus verschiedenen EU-Staaten und militärischen Institutionen sowie NGOs, die in unterschiedlicher Weise an friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen beteiligt sind und sich für die Entwicklung nachhaltiger Friedens- und Entwicklungspolitik engagieren, darunter das Geneva Centre for the Democratic Control Of Armed Forces (DCAF) und der UN-Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM). Sie stellten Konzepte der Implementierung der Gender-Perspektive in die EU-Sicherheitssektor-Reform bzw. die Bedeutung der Resolution 1325 zur Diskussion. Auch hier war es das Ziel, ein breites Netzwerk von ExpertInnen und Organisationen quer durch die EU zu knüpfen, unter Beteiligung von Regierungen, Militärs, Forschungseinrichtungen und NGOs in Krisenregionen. Es ging darum, Gender-Bewusstsein und -kompetenz in die EU-Politik einzubringen, Strategien zur Umsetzung der Resolution zu entwickeln und die Vorgaben der UN Resolution zu erfüllen. Auch bei dieser Initiative sind weitere engagierte Individuen und Organisationen willkommen.

Mit dem Postulat **Acting Together for Sustainable Peace: National Action Plans for UNSCR 1325** organisierte EPLO im März 2008 eine weitere Debatte im Europa-Parlament

zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen auf nationaler und europäischer Ebene und Zivilgesellschaft. Hieran waren Parlamentsmitglieder aus vier europäischen Ländern - Finnland, Spanien, Portugal, England - sowie eine Vertreterin aus der EU-Kommission beteiligt, um mit zivilgesellschaftlichen Gruppen deren jeweiligen Strategien zur Entwicklung von (bereits vorhandenen oder angestrebten) nationalen Aktionsplänen auszuloten. Das Ziel war, daraus konkrete strategische Schritte abzuleiten - und damit auch die Möglichkeiten zur vollständigen Realisierung der Vorgaben von Resolution 1325. Beteiligt waren hier unter anderem der Frauensicherheitsrat, der das „Roadmap to 1325“-Konzept präsentierte, und International Alert aus Großbritannien, deren VertreterInnen auch schon an der Berliner Konferenz Roadmap to 1325 sowie an der Brüsseler ICCO-Konferenz teilgenommen hatten. International Alert hat als praktische Konsequenz aus den vielen unterschiedlichen europäischen Initiativen zur Durchsetzung der Gender-Perspektive und der Resolution 1325 ein **europaweites „Mapping“** initiiert, also die Erstellung einer europäischen Landkarte, die einen möglichst umfassenden Überblick über sämtliche zu Resolution 1325 arbeitenden Organisationen gibt. Sie kann ein wichtiger Bestandteil für eine Vernetzung der Organisationen und ExpertInnen in der EU werden.

Ein Ergebnis des Meetings war, dass sich die beteiligten politischen RepräsentantInnen mit den LändervertreterInnen der nächsten EU-Ratspräsidentschaften zusammensetzen wollen, also Frankreich der zweiten Hälfte des Jahres 2008 und Tschechien in der ersten Hälfte 2009. Sie wollen schon im Vorfeld Veranstaltungen mit Beteiligung von politischen EntscheidungsträgerInnen und Zivilgesellschaft anstoßen, in denen es um Nationale Aktionspläne und andere Umsetzungsstrategien für Resolution 1325 gehen soll.

6. Zusammenfassende Betrachtung und Schlussfolgerungen

Im Zuge des symbolischen Staffellaufs „Roadmap to 1325“ und damit der Ausweitung der Aktivitäten zur Durchsetzung der Resolutions-Vorgaben ist im Hinblick auf die EU-Friedens- und Sicherheitspolitik und die der meisten EU-Mitgliedsstaaten eine sehr gemischte Bilanz zu ziehen:

- Grundsätzlich gibt es **auf allen Ebenen der Politik** Absichtserklärungen und Zusicherungen, die UN-Resolution 1325 umzusetzen. Auch für die vollständige Einbeziehung der Genderperspektive in die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik existiert verbal eine hohe Bereitschaft. Darüber hinaus gibt es hierzu ein beeindruckend umfangreiches gesetzliches Regelwerk. Die von Regierungen zugestandene Praxis besteht in der Regel aus Berichte zum Stand der Umsetzung von 1325, die die jeweiligen Aktivitäten der einzelnen Regierungen in ein überaus positives Licht stellen. Sie

artikulieren auch die Notwendigkeit zur verstärkten Beförderung von Parlamentsinitiativen und einen erhöhten Bedarf an Gender-Trainings aufgrund von Defiziten in den zivilen und militärischen Missionen. Darüber hinaus gibt es eine zunehmende Bereitschaft von Ministerien zur Teilnahme an öffentlichen Debatten und internen Gesprächskreisen zu Genderthemen unter Einbeziehung von NGOs.

- Auf der anderen Seite haben bisher nur einzelne EU-Mitgliedsstaaten nationale Aktionspläne in unterschiedlicher Qualität entwickelt, oder andere Vorgaben, um die Umsetzung von Resolution 1325 konkret messbar zu machen. Die Notwendigkeit von Aktionsplänen bleibt in der Politik weiterhin umstritten, ebenso wie die Einsetzung einer oder eines Bevollmächtigten bzw. eines Sonderbotschafters oder einer Sonderbotschafterin für Resolution 1325.
- Weiterhin komplett defizitär ist die Einbeziehung der Gender-Perspektive in „allgemeine“ Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, das heißt in die Mainstream-Politik in diesem Bereich. Die systematische Einbeziehung von frauenpolitischen Organisationen und ausgewiesenen Expertinnen auf den Entscheidungsebenen der Friedens- und Sicherheitspolitik in den Krisen- und Konfliktregionen findet nicht statt.
- Nur wenn es um Gender und UN-Resolution 1325 geht, wird Sicherheitspolitik von den ansonsten in diesem Bereich deutlich unterrepräsentierten Frauen vertreten. Männliche Politiker lassen sich bisher kaum einbinden.
- Die inhaltliche Vermischung und die Gleichsetzung von Frauen- und Gender-Politik bleibt weiterhin ein Problem. Sie führt unter anderem dazu, dass Frauen vor allem als Opfer wahrgenommen werden, aber kaum als Expertinnen, Aktivistinnen und gleichberechtigte Verhandlungspartnerinnen.
- Zwar besteht eine Bereitschaft, einzelne Veranstaltungen, Aktivitäten und Events von NGOs finanziell zu fördern, doch es fehlt eine systematische Unterfütterung dieses Arbeitsfeldes mit genügend Ressourcen.
- NGOs und ehrenamtlich arbeitende Personen widmen zunehmend mehr Aufmerksamkeit auf die Realisierung der UN-Resolution 1325 und die Bedeutung einer Genderperspektive. Dies geschieht in erster Linie in den vielfältigen Frauen(friedens)-Szenen, aber auch in Netzwerken, in denen Männer und Frauen auf europäischer und entwicklungspolitischer Ebene gemeinsam agieren (zum Beispiel bei EPLO und International Alert).
- Frauen-NGOs und andere friedens- und entwicklungspolitisch aktive ExpertInnen sehen die Notwendigkeit verstärkter Netzwerkarbeit und weiteren Kompetenzaufbaus über

Landesgrenzen hinweg, um die politische Implementierung der Geschlechterperspektive zu erreichen. Das Interesse und die Bereitschaft dazu wächst auch durch die Aufmerksamkeit, die mit dem Staffellauf durch die EU-Länder geschaffen werden kann.

- Andererseits ist der Wissensstand über Inhalte der Resolution nach Ländern und Gruppen sehr unterschiedlich, ebenso wie Selbstverständnis und das Engagement von (Frauen-) Friedensgruppen und entwicklungspolitischen Organisationen. Ein Teil der Frauenorganisationen auf der „Grassroot“-Ebene konzentriert sich auf regionspezifische Probleme und auf Frauenarbeit. Gender-Politik ist für manche ebenso wenig Thema wie die Einbeziehung von Männern. Manche von ihnen stellen ihre Arbeit nicht in einen übergreifenden europäischen bzw. internationalen friedenspolitischen Zusammenhang.
- Viele der Aktivitäten der NGOs laufen unkoordiniert. Oft werden die Kompetenz, Erfahrung und Arbeitsergebnisse von anderen zu wenig genutzt, zum Teil mangels Wissen, zum Teil aus Arbeitsüberlastung in den jeweiligen Gruppen, was dazu führt, dass auf Austausch kein besonderes Augenmerk gelegt wird.
- Ein grundsätzliches Problem, mit dem diese Defizite ursächlich zusammenhängen, besteht in der fehlenden Finanzierung der NGOs und zivilgesellschaftlichen ExpertInnen. Insbesondere die ehrenamtlich tätigen Gruppen und Organisationen sind nicht oder nur punktuell in der Lage, den zeitlichen, personellen und materiellen Aufwand, der für langfristige Vernetzungs- und Lobbyarbeit notwendig ist, kontinuierlich zu betreiben. Dies ist exemplarisch nachzuvollziehen an der Arbeit des deutschen Frauensicherheitsrates und ähnlicher Netzwerke in anderen Regionen. Zwar war der Frauensicherheitsrat seit seiner Gründung im Jahre 2003 in seiner Vernetzung von unterschiedlichen Frauen-Friedensgruppen und Expertinnen aus verschiedenen Arbeitsbereichen und Institutionen sehr erfolgreich. Er hat in der politischen Szene Bedeutung und Anerkennung erworben und mit seinen Vernetzungsaktivitäten seinen Aktionsbereich auch auf europäischer Ebene erheblich erweitert - insbesondere mit der Initiierung des symbolischen Staffellaufs. Doch die beabsichtigte Bündelung der Aktivitäten der zu Gender und Frieden arbeitenden Gruppierungen (zunächst auf deutscher Ebene) ist bisher nicht gelungen. Es gibt noch immer eine erhebliche Ressourcenvergeudung und einen starken Energieverschleiss durch unkoordinierte Aktivitäten und unkoordiniertes Lobbying. Zudem herrscht eine relativ hohe Fluktuation bzw. geringe Beteiligung an den notwendigen Vernetzungsarbeiten jenseits öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten, die der Überlastung einzelner Aktivistinnen geschuldet sind bzw. zur Überlastung der anderen führt.

Fazit und Ausblick:

Die Strategie des symbolischen Staffellaufs „Roadmap to 1325“ ist geeignet, einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der im Bereich von Gender, Friedens Sicherheit und Entwicklungspolitik agierenden Gruppierungen zu leisten und den Dialog zwischen Politik und NGOs zu fördern. Die Stärke des Konzepts liegt in seiner zunächst lokalen Orientierung auf Aktivitäten in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft. Damit steht das jeweilige Land im Blickpunkt, sowohl der Legitimationsdruck als auch sein Handlungsspielraum hinsichtlich eigener Aktivitäten zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 werden damit größer.

Der Erfolg dieses symbolischen Staffellaufs steht und fällt mit den Möglichkeiten der innereuropäisch aktiven NGOs, ihre Vernetzung auf die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen in den verschiedenen EU-Ländern auszuweiten. Bedingung ist dabei, die zivilgesellschaftlichen Gruppen einzelner Staaten bereits im Vorfeld von deren EU-Ratspräsidentschaft für diese Strategie zu gewinnen. Der Staffelstab liegt gegenwärtig in Frankreich, wo die Vertreterin der internationalen Frauenfriedensorganisation WILPF gemeinsam mit der Frauenkommission von amnesty international Frankreich und der französischen Frauen-Lobby eine Veranstaltung organisieren wollen, unterstützt von den Frauennetzwerken des Balkans und des deutschen Frauensicherheitsrats. Aktivitäten, um die nächsten Stationen der EU-Ratspräsidentschaft in Tschechien und Schweden in den Staffellauf einzubinden, sind bereits in Gang.

Langfristig wird diese Strategie nur erfolgreich sein, wenn ein breites europäisches Netzwerk sie trägt, wenn es gelingt, verstärkt männliche Akteure aus diesem Feld einzubinden, wenn Ressourcen zumindest für ein Vernetzungsbüro akquiriert werden können. Spannend könnte dabei auch die Frage werden, ob sich ein solches Netzwerk dann als europäischer Frauensicherheitsrat oder als europäischer Gender-Sicherheitsrat definiert – oder wie sonst?